Stadt
Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung vom:	Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	Niederschrift zur Sitzung 16.06.2015

8. **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen

des Bürgermeisters

1. Erster Beigeordneter Esch wies darauf hin, dass – entgegen der bisherigen Auskunft des Landesbetriebes Straßen - nach neuerer Information im Zuge der für die Sommerferien 2015 vorgesehenen Sanierung der L 269 im Bereich zwischen Mondorf und der Siegbrücke gleichzeitig auch der Radweg mit saniert wird und somit gesperrt werden muss. Es werde für die Radfahrer jedoch eine Umleitung von Mondorf über Bergheim zur Siegbrücke ausgeschildert werden.

2. Weiterhin teilte Herr Esch mit, dass gestern ein Erörterungstermin der Bezirksregierung in dem Planfeststellungsverfahren zur Fortführung der Umgehungsstraße L 269n, südlicher Teil, stattgefunden hat, bei dem sich vor allem 2 Problembereiche herauskristallisiert haben:

a) Ökologie/Artenschutz,
b) der Ausbaubereich zwischen der L 332 und der L 269-alt-.

Ein Kritikpunkt seitens der Anwohner seien die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen in Form von ca. 2m hohen Lärmschutzmauern auf beiden Seiten der Umgehungsstraße gewesen.

Auf eine entsprechende Frage von Ausschussmitglied Kitz (CDU) teilte Herr Esch mit, dass die von der Stadt Niederkassel vorgeschlagene Untertunnelung für Fußgänger, Radfahrer und den landwirtschaftlichen Verkehr im Querungsbereich der Lerchenstraße von der Bezirksregierung abgelehnt wird. Im Einmündungsbereich der L 269 (Bestand) zur L 269n soll für den aus Richtung Mondorf kommenden Verkehr neben der Rechtsabbiegespur in Richtung Bonn auch eine Linksabbiegemöglichkeit geschaffen werden. Zur Verkehrsregelung ist in diesem Bereich eine Ampelanlage vorgesehen, die durch die Kreispolizeibehörde gefordert wird. Dem landwirtschaftlichen Verkehr aus Richtung Mondorf soll hierdurch die Anbindung an die

Lerchenstraße in Richtung Bergheim ermöglicht werden.
Die Radfahrer / Fußgänger sollen über einen mit einer Lichtsignalanlage gesicherten Überweg geführt werden.
Der Landesbetrieb sagte auch die Prüfung einer Bogenbrücke über die L 269n im Bereich der Lerchenstraße für Fußgänger und Radfahrer zu.

Herr Esch teilte mit, dass nach Auskunft der Bezirksregierung die Abwägung aller vorgetragenen Einwendungen ca. 6 Monate in Anspruch nehmen werde.

3. Bürgermeister Vehreschild wies auf den seit kurzem in Rheidt auf dem Gelände neben der Industriebahn installierten Funkmast hin und teilte mit, dass es sich hierbei um eine temporäre Mobilfunkstation handelt, die einen unvorhergesehenen, kurzfristigen Versorgungsbedarf mit Mobilfunkleistungen – insbesondere bei Ausfall/Reparatur von stationären Anlagen – überbrücken soll.
Der Einsatz der mobilen Sendeeinrichtung soll nach Angaben des Betreibers bis ca. Mitte September 2015 dauern.

Anfragen von Ausschussmitgliedern

a) Beantwortung von schriftlich vorgelegten Anfragen

1. Bürgermeister Vehreschild beantwortete die in dem als Anlage beigefügten Schreiben von Ratsmitglied König (AfD) enthaltenen Anfragen wie folgt:

- Zu 1.:
  Ja, es wurden auch Kündigungen gegenüber anderen Familien ausgesprochen, die in städtischen Übergangsheimen wohnen, da diese Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden.

- Zu 2.:
  Nein, die Familie wurde vor der Kündigung nicht davon in Kenntnis gesetzt.

- Zu 3.:
  Die Stadt hat der Familie bereits mehrere Wohnungen als Alternative angeboten. Die Familie hat diese bis jetzt allerdings abgelehnt. Die Stadt ist der Familie auch weiterhin bei der Wohnungssuche behilflich.

- Zu 4.:
  Die Stadt steht mit der Besitzerin des Gebäudes in Mondorf in Kontakt. Die Verhandlungen zum eventuellen Erwerb dieses Gebäudes sind noch nicht abgeschlossen.

2. Bürgermeister Vehreschild nahm Bezug auf die dieser Niederschrift ebenfalls beigefügte Anfrage der SPD-Fraktion nach einer möglichen Rückerstattung der Elternbeiträge infolge des Streiks in den städtischen Kindertageseinrichtungen.
Herr Vehreschild teilte mit, dass die meisten KiTas aufgrund des Streiks nur an einem Tag geschlossen werden mussten. Bei zwei KiTas sei es darüber hinaus bei einzelnen Tagen zu reduzierten Öffnungszeiten gekommen.
Eine anteilmäßige Rückerstattung der KiTa-Beiträge sei nicht vorgesehen, da der hiermit verbundene enorme Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu den geringen Erstattungsbeträgen steht.

b) sonstige Anfragen

1. Ausschussmitglied Kitz (CDU) erklärte, in seiner Fraktion sei Unmut über die geringe Angebotspalette des am Mondorfer Rheinufer befindlichen Imbissstandes geäußert worden. Es werde fast nur das Gleiche angeboten wie in der auf dem Minigolfplatz befindlichen Eisdiele.
   Herr Kitz fragte nach, ob ggf. ein weiteres Speisen- und Getränkeangebot etwa durch einen zusätzlichen Imbissstand bzw. Imbisswagen ermöglicht werden könne. Da sich vor allem in den Abendstunden und an den Wochenenden sehr viele Leute am Rheinufer aufhalten, die vielleicht gerne eine Kleinigkeit zu sich nehmen möchten, sollte man - vielleicht probeweise für einen Sommer – einem anderen Inhaber die Erlaubnis erteilen, auf dem Ufergelände einen weiteren Imbiss aufzustellen.
   Ausschussmitglied Schulz (SPD) wies in diesem Zusammenhang auf das am gegenüberliegenden Rheinufer befindliche Cafe hin, das offensichtlich bei der Bevölkerung sehr gut angenommen werde und regte eine Kontaktaufnahme mit dem dortigen Betreiber an.

   Die Verwaltung gab zu bedenken, dass die Errichtung eines entsprechenden feststehenden Gebäudes am Mondorfer Rheinufer schon allein aus Platzgründen nicht möglich ist. Darüber hinaus sei die Stadt als öffentliche Hand an

vergaberechtliche Vorgaben gebunden und könne nicht einfach einem potentiellen Betreiber die Erlaubnis erteilen, auf städtischem Gebiet sein Gewerbe auszuüben.
Vielmehr müsse zur Wahrung des Wettbewerbsgedankens und des Gleichbehandlungsgrundsatzes mehreren Bietern die Möglichkeit gegeben werden, sich entsprechend zu bewerben. Hierzu sei eine Ausschreibung erforderlich, wobei im Ausschreibungstext genau definiert werden muss, was im Einzelnen angeboten werden soll.

Bürgermeister Vehreschild sagte zu, die Verwaltung werde Lösungsmöglichkeiten prüfen und den Ausschuss über das Ergebnis unterrichten.

2. Ausschussmitglied Heinsch (SPD) erkundigte sich nach dem Sachstand bezüglich des defekten Skatergeräts auf der Mondorfer Skateranlage.
   Bürgermeister Vehreschild teilte hierzu mit, dass das Gerät aus sicherheitstechnischen Gründen entfernt werden musste und bisher noch keine endgültige Lösung gefunden wurde. Da es sich hierbei um ein sehr teures Gerät handelt, werde man versuchen, nach Möglichkeit einen Sponsor zu finden.

3. Ausschussmitglied Lülsdorf (CDU) wies darauf hin, dass die aus der Pastor-Breuer-Straße in Mondorf in die Provinzialstraße einfahrenden Autos häufig sehr weit in die Provinzialstraße vorfahren, bevor sie wegen der bestehenden Vorfahrtsregelung anhalten und fragte nach, ob dort vielleicht eine Haltemarkierung angebracht werden könne.
   Die Verwaltung sagte eine Überprüfung und ggf. weitere Veranlassung zu.